

27. Februar 1971: Bericht des KGB an das ZK der KPdSU über das vom Auswärtigen Amt der BRD für die Sitzung des NATO-Rates im Dezember 1970 vorbereitete Dokument der Bonner Viermächte-Botschaftergruppe*

Streng geheim

In der Anlage wird der Wortlaut des Dokuments der Bonner Viermächte-Botschaftergruppe übermittelt, dessen Entwurf vom Außenministerium der BRD für die Sitzung des NATO-Rates im Dezember 1970 vorbereitet wurde. Im Dokument werden die Position der USA, Englands, Frankreichs und der BRD zu Problemfeldern in Bezug auf Deutschland und Berlin und eine Einschätzung dieser Länder über die Perspektiven der derzeit geführten Verhandlungen zu Berlin, ihre Einstellung zur Frage der internationalen Anerkennung der DDR sowie zu Fragen der Regelung der Beziehungen zwischen den zwei deutschen Staaten dargelegt.

Dem Außenministerium der UdSSR zur Kenntnis gebracht.

Anlage: 6 Seiten.

Der stellv. Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR

Čebrikov¹

[Anlage]

Streng geheim

Die Rechte und Verpflichtungen der vier Mächte in Bezug auf Deutschland insgesamt und Berlin im Einzelnen erwachsen aus der Besetzung Deutschlands am Ende des Zweiten Weltkrieges. In Bezug auf die drei Westmächte stellen alle Fragen hinsichtlich dieser Rechte und Verpflichtungen einen Gegenstand der Beratungen mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dar. Dies garantiert somit eine sehr enge Koordination der Ansichten der vier Regierungen betreffend alle Fragen der Verhandlungen der BRD mit ihren östlichen Nachbarn, die Vier-Mächte-Verhandlungen über Berlin sowie jegliche Schritte Ostdeutschlands, die auf die Erlangung seiner internationalen Anerkennung abzielen und bestimmte Maßnahmen seitens der westlichen Länder erforderlich machen. Zwischen den Regierungen der drei Mächte und der Regierung der BRD besteht eine prinzipielle Übereinkunft zu diesen Fragen. Die Bonner Botschaftergruppe möchte im Namen aller vier Regierungen mitteilen, dass die drei Westmächte und die BRD ihren Status in Deutschland behaupten und die ihnen zustehenden Rechte einzig dank der ihnen zuteilwerdenden entschlossenen Unterstützung wahrnehmen können, wobei zu hoffen ist, dass ihnen die übrigen NATO-Mitgliedsstaaten diese Unterstützung auch in Zukunft angedeihen lassen.

Die drei Westmächte unterstützen einmütig die Ostpolitik der Bundesregierung. Die übrigen Mitglieder des Bündnisses teilen diese Position. Die Bonner Botschaftergruppe kam zum Schluss, dass der Beibehaltung der Rechte und Verpflichtungen der Alliierten in Bezug auf Deutschland und Berlin eine zentrale Bedeutung für ein erfolgreiches Betreiben dieser Politik zukommt. Dies betrifft im Besonderen Berlin (den Westteil der Stadt), dessen Weiterbestehen von der Präsenz der drei Mächte abhängt. Dieser Umstand besitzt auch in Bezug auf ganz Deutschland zentrale Bedeutung, weil die Beibehaltung dieser Rechte und Verpflichtungen einer Wahrung des besonderen Status Deutschlands und der Notwendigkeit einer endgültigen Lösung der Deutschen Frage auf Grundlage einer Zuerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung des deutschen Volkes gleichkommt. Die

* RGANI, F. 5, op. 63, d. 622, S. 55–61. – Briefkopf: „UdSSR, Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, 27. Februar 1971, Nr. 526-G, Moskau.“ Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 08761, 1. März 1971, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs.: 25-s/7.“

¹ Hs. unterzeichnet.

Rechte der vier Mächte können nur mittels eines Abkommens zwischen eben diesen Mächten abgeändert werden. Folglich können die von der BRD abgeschlossenen Verträge nicht die Legitimität dieser Rechte in Frage stellen, und die ostdeutsche Regierung kann diese nicht annullieren.

Die Frage über die Rechte der Alliierten bezüglich Deutschland als Ganzes gewinnt angesichts der Bemühungen mit dem Ziel, eine vertragliche Beziehung zwischen der BRD und der DDR herzustellen, eine besondere Bedeutung. Es gibt Befürchtungen, dass die Herstellung solcher Beziehungen als endgültige Regelung der Deutschen Frage ausgelegt werden könnte, woraufhin die Rechte der vier Mächte angeblich erlöschen würden. Es ist notwendig, eine solche Auslegung nicht zuzulassen. Zudem würde die Herstellung direkter Beziehungen zwischen der BRD und der DDR zweifellos dazu führen, dass einige Änderungen an den Beziehungen zwischen den drei Westmächten und der DDR vorgenommen werden müssten. Hierbei dürfen jedoch keine Beschränkungen der Rechte und Verpflichtungen gegenüber Deutschland im Gesamten zugelassen werden.

Einen Weg zur Lösung dieses Problems stellt die Veröffentlichung von Erklärungen dar, die besagen, dass die Rechte und Verpflichtungen der vier Mächte unverändert in Kraft bleiben. Dies wurde bereits im Zusammenhang mit den von der BRD mit der Sowjetunion und Polen abgeschlossenen Verträgen praktiziert. Eine analoge Bestimmung beinhalten auch die zwanzig von der Bundesregierung in Kassel vorgelegten Punkte, die als Grundlage für die Regelung der Beziehungen mit der DDR dienen sollen. Man kann davon ausgehen, dass sich die alliierten Mächte bei der Gestaltung ihrer eigenen Beziehungen mit der DDR an diese Prinzipien halten werden. Wie immer dem auch sei, die Position der drei Mächte wird eine erhebliche Stärkung erfahren, wenn klar ist, dass sie mit Unterstützung der NATO handeln.

Es ist vollkommen klar, dass sich jedwede Beschränkung der Rechte der drei Mächte gegenüber Deutschland auch auf deren Rechte in Bezug auf Berlin niederschlagen kann. Zudem kann eine Stärkung des internationalen Status der DDR diese dazu ermuntern, wieder Hindernisse auf den Verbindungswegen nach Berlin aufzubauen. Die drei Mächte können ihre Beziehungen mit der DDR nicht regeln, wenn sich nicht die entsprechenden Verpflichtungen in Bezug auf die Beibehaltung ihrer Rechte gegenüber dieser Region erhalten.

In Zukunft könnte eine Situation entstehen, in der die BRD und die DDR Erklärungen über ihren UNO-Beitritt abgeben. Dies könnte beispielsweise als Folge der Erzielung eines zufriedenstellenden Abkommens über Berlin und der Regelung der innerdeutschen Beziehungen eintreten. Jedoch würde ein UNO-Beitritt nicht bloß die internationale Anerkennung der DDR nach sich ziehen. Es könnte vielmehr auch die Frage über die Notwendigkeit einer Aufhebung der Rechte und Verpflichtungen der Alliierten und über die Beseitigung des temporären Charakters des Modus Vivendi in Deutschland zur Sprache kommen. Die DDR könnte die in der UN-Charta enthaltene Bestimmung über die souveräne Gleichheit der Staaten ausnützen und verlautbaren, dass unsere ursprünglichen Rechte annulliert werden müssten und die Deutsche Frage mittels einer endgültigen Teilung Deutschlands zu lösen sei.

In diesem Zusammenhang muss man zum Schluss kommen, dass die vier Mächte gleichzeitig mit dem UNO-Beitritt der beiden deutschen Staaten ihre Rechte und Verpflichtungen in Bezug auf Berlin und Deutschland im Gesamten werden bestätigen müssen. Diese sollten solange in Kraft bleiben, bis eine endgültige Regelung der Deutschen Frage erreicht wird; ebenso muss die Konzeption über einen besonderen Charakter der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten bestätigt werden. Dies kann in Form einer entsprechenden Erklärung der vier Mächte erfolgen, der sich auch die BRD und die DDR anschließen könnten. Die vier Mächte müssen als ständige Vertreter im Sicherheitsrat in dieser Frage eine besondere Rolle spielen. Ihre gemeinsame Zustimmung wird noch vor dem UNO-Beitritt der beiden deutschen Staaten benötigt. Dieser Umstand wird es dem Westen erlauben, die Russen und die Ostdeutschen dazu zu zwingen, sich trotz ihres Unwillens mit unseren Forderungen zu arrangieren. Wir müssen nach der Erzielung konkreter Abkommen mit den Russen und zwischen den beiden Deutschlands streben, noch bevor diese Frage in der UNO erörtert wird.

Unsere Aufgabe liegt darin, zuallererst die Situation in der UNO selbst und erst danach die Frage über eine Mitgliedschaft der DDR in den Sonderorganisationen der UNO und in anderen internationalen Organisationen zu klären. Auf diese Weise sollte der Beitrittsprozess den in der UNO geltenden Regeln entsprechen. In Ostdeutschland jedoch herrscht eine andere Sicht auf die Dinge vor. Das Land ist energisch darum bemüht, Mitglied der Sonderorganisationen zu werden, um dadurch die Möglichkeit zu erhalten, sich an der Tätigkeit der UNO im Gesamten zu beteiligen. Indessen würde jeder Erfolg dieser Bemühungen Ostdeutschlands seinen Wunsch nach einer Mitwirkung bei der Erzielung von Abkommen verringern, die nach Meinung der drei Mächte und der BRD für die Beibehaltung der Rechte und Verpflichtungen der Alliierten und des Rechts des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung erforderlich sind. Aus diesem Grund erachten wir es als wichtig, sich gegen die Aufnahme Ostdeutschlands in die Sonderorganisationen der UNO auszusprechen, sogar wenn aus technischer Sicht alle Bedingungen für seinen Beitritt erfüllt wären. Bislang waren dank der uns seitens der Vertreter der NATO-Staaten in den erwähnten Organisationen erwiesenen Unterstützung sämtliche Bemühungen Ostdeutschlands vergeblich, und wir wissen die uns erteilte Hilfe überaus zu schätzen. Die Aufnahme der DDR, wenn auch nur in eine der Sonderorganisationen der UNO, wird weitreichende Folgen haben. Selbst wenn dieser Fall eintreten sollte, darf es zu keiner Aufweichung unserer Position kommen. Sollte es sich in einigen Fällen als unmöglich erweisen, die Aufnahme Ostdeutschlands in diese Organisationen weiterhin zu verhindern, haben wir die Absicht, unsere Sichtweise hinsichtlich des Status der DDR in äußerst kategorischer Art und Weise zum Ausdruck zu bringen.

Neben den Bemühungen, die auf einen Beitritt in die internationalen Organisationen abzielen, ist Ostdeutschland intensiv um eine internationale Anerkennung des Landes durch andere Staaten bemüht. Es ist möglich, dass die neue Politik der Bundesregierung in einigen Fällen zu einem Abbau der Hindernisse auf dem Wege zu einer Anerkennung Ostdeutschlands führte, doch brachte diese Politik in vielen Fällen neue Grundlagen für die Einnahme einer abwartenden Position mit sich; es ist überaus wichtig, dass diese Grundlagen weiterhin bestehen bleiben. Eine umfassende internationale Anerkennung der DDR vergrößert unsere Schwierigkeiten bei der Erzielung eines notwendigen Abkommens. Dies erhöht auch die Gefahr, dass Ostdeutschland willkürliche und unverantwortliche Maßnahmen in Bezug auf Berlin ergreift. Wir sind selbstverständlich daran interessiert, eine umfassende Anerkennung der DDR bis zum Abschluss unserer Verhandlungen hinauszuzögern.

Aber auch danach müssen die drei Westmächte in all jenen Fällen, in denen ihre Rechte und Verpflichtungen betroffen sind, ihre Beziehungen zur DDR unbedingt weiterhin klar darlegen. Unsere Position wäre gestärkt, wenn die befreundeten Länder (im Falle einer möglichen Anerkennung der DDR durch diese) ebenfalls offizielle Erklärungen über den besonderen in Deutschland herrschenden Status und über die Beibehaltung der Rechte und Verpflichtungen der vier Mächte abgeben. Sollten andere NATO-Mitgliedsländer darin mit einem Beispiel vorangehen, käme es zu einer Stärkung der Position des Westens in dieser entscheidenden Frage.

Gleichzeitig werden sich die Regierungen unserer vier Länder an die NATO-Partner mit der Bitte wenden, ihre Politik der Nichtanerkennung der DDR solange weiter zu betreiben, bis das erforderliche Paket an Abkommen abgeschlossen ist.

Wir möchten die Entwicklung des internationalen Austausches nicht behindern, weil eine Ausweitung der wirtschaftlichen Kontakte das Interesse der DDR an der Herstellung engerer Beziehungen mit dem Westen erhöhen könnte. Aber auch Handelsbeziehungen wohnt eine politische Bedeutung inne, sodass es hier vorsichtig vorzugehen gilt, um eine Schwächung der Positionen der drei Westmächte und der BRD bei den Verhandlungen zu verhindern.

Ein solches Vorgehen wird umso gerechtfertigter sein, sollten die Verhandlungen am Schluss ergebnislos enden, was nicht ausgeschlossen werden kann. In einem solchen Fall könnte es unweigerlich zu einer bedeutenden Stärkung der internationalen Position der DDR kommen. Es kann sein, dass wir zu Zeugen der Aufnahme der DDR in die Sonderorganisationen der UNO und der Anerkennung des Landes durch zahlreiche Staaten werden, unter anderem durch die Staaten der

„Dritten Welt“. Bei einem solchen Stand der Dinge wird die Lage der Westmächte zur Gänze von der Geschlossenheit des Nordatlantischen Bündnisses abhängen. Ein Erfolg wird nur dann möglich sein, wenn der Westen imstande ist, zu zeigen, dass die DDR nicht als gleichberechtigtes Mitglied der internationalen Gemeinschaft anerkannt wird, solange sie keine konstruktivere Haltung in Bezug auf die Forderungen der BRD und der drei Mächte einnimmt. Aus diesem Grund haben wir die Absicht, gegen einen UNO-Beitritt Ostdeutschlands aufzutreten. Wir beabsichtigen, von einer Anerkennung der DDR Abstand zu nehmen und hoffen, dass auch die anderen NATO-Mitgliedsstaaten eine solche Politik betreiben werden.

Dies waren die in allgemeiner Form dargebrachten Überlegungen, die bislang in der Bonner Botschaftergruppe bei der Erörterung der Frage über die Rechte und Verpflichtungen der Alliierten in Bezug auf Deutschland und Berlin dargelegt wurden. Jegliche Anmerkungen würden uns bei der Ausarbeitung unserer eigenen Position und bei der Festlegung einer gemeinsamen Position der NATO in Bezug auf diesen Fragenkomplex behilflich sein.

F. d. R.: Der stellv. Leiter der Ersten Hauptabteilung des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR

S. Kondrašev²

² Hs. unterzeichnet.